

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung,**  
**Bau, Umwelt und Landwirtschaft**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 02.11.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

---

**Anwesend sind:**

Herr Otmar Bonacker  
Herr Jürgen Behler  
Herr Frank Drescher  
Herr Dieter Erber  
Herr Werner Hesse  
Herr Jochen Metz  
Frau Ulrike Quirnbach  
Herr Stefan Rhein  
Herr Christian Somogyi  
Herr Manfred Thierau  
Herr Friedhelm Wieber (Vertreter für Herrn Linker)

**Stadtverordnetenvorsteher:**

Herr Hans-Georg Lang

**Stellv. STVVorsteher/in:**

Frau Ilona Schaub

**Fraktionsvorsitzende:**

Herr Winand Koch  
Herr Klaus Ryborsch

**Stadträtin/Stadtrat:**

Herr Helmut Hahn

**Von der Verwaltung:**

Herr Manfred Vollmer  
Herr Klaus Hütten  
Herr Günter Gnau  
Herr Armin Immel

**Schriftführer:**

Nikolaus Petri

## Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen  
**Beschlüsse**
- 3 Änderung der Straßenbeitragssatzung (StrBS)  
Vorlage: FB4/2006/0080
- 4 Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS)  
Vorlage: FB4/2006/0099
- 5 Erlass einer Satzung der Stadt Stadtallendorf gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB über die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, in Ortsteil Niederklein (Klarstellungssatzung)  
Vorlage: FB4/2006/0088
- 6 Neuordnung des innerstädtischen Stadtbusverkehrs  
hier: Errichtung der zentralen Bushaltestelle am Aufbauplatz  
Vorlage: FB4/2006/0098
- 7 3. Fortschreibung des Stadtmarketingkonzeptes Stadtallendorf  
Vorlage: FB2/2006/0011  
**Kenntnisnahmen**
- 8 Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2006  
Vorlage: FB1/2006/0074
- 9 Demographischer Wandel und Konsequenzen für Stadtallendorf  
Vorlage: FB2/2006/0015
- 10 Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages zur Herstellung der "Holzwiesenstraße"  
Vorlage: FB4/2006/0071
- 11 Mitteilungen
- 12 Verschiedenes

## Inhalt der Verhandlungen:

### **Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende, Herr Otmar Bonacker, begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Bürgermeister Vollmer bittet die Ausschussmitglieder, den Tagesordnungspunkt 10 „Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages“ nicht öffentlich zu beraten. Er stellt diesbezüglich Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bonacker, lässt über diesen Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

## **Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen**

Ausschussmitglied, Herr Behler, weist auf den bereits von ihm angekündigten Antrag der SPD-Fraktion zum Weiterbau des Fahrradweges an der B 454, Tagesordnungspunkt 10 der Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2006, hin. Er erklärt, für Fragen der Ausschussmitglieder zu diesem Thema zur Verfügung zu stehen. Auf entsprechende Frage von Frau Quirnbach bestätigt Herr Behler, dass die bisherigen Planungen das Ende des Fahrradweges auf Höhe Hof Netz vorsehen.

### **Beschlüsse:**

## **Zu 3 Änderung der Straßenbeitragssatzung (StrBS) Vorlage: FB4/2006/0080**

Ausschussmitglied, Herrn Hesse, erhebt den Einwand, Form und Gestaltung der Vorlage zur Änderung der Straßenbeitragssatzung sei nicht geeignet, sich ohne größeren Zeitaufwand mit dem Sachverhalt zu beschäftigen. Dies sei den Ausschussmitgliedern bzw. Stadtverordneten nicht zuzumuten. Er beantragt die Vorlage einer Satzung mit inhaltlich geändertem Text und in der vorgesehenen Schlussfassung.

Auf die Frage von Ausschussmitglied, Herrn Koch, zu den möglichen Auswirkungen der Änderung der Geschossflächenzahl wird seitens der Verwaltung geantwortet, dass sich auch nach Umstellung der Geschossflächenzahl keine wesentlichen Auswirkungen ergeben werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die im Entwurf beigefügte 2. Änderungssatzung zur Straßenbeitragssatzung vom 20.09.2002 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 13.05.2003.

**Abstimmungsergebnis:** Vorlage zurückgestellt

## **Zu 4 Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS) Vorlage: FB4/2006/0099**

Die Vorlage wird ebenfalls mit gleicher Begründung wie zu Tagesordnungspunkt 3 zurückgestellt mit der Bitte um Vorlage einer neuen Satzung den Inhalt der textlichen Änderungen und der vorgesehenen Schlussfassung.

**Abstimmungsergebnis:** Vorlage zurückgestellt

**Zu 5 Erlass einer Satzung der Stadt Stadtallendorf gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB über die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, in Ortsteil Niederklein (Klarstellungssatzung)  
Vorlage: FB4/2006/0088**

Es ergeben sich hierzu keine Fragen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB die anliegende Satzung über die Grenzen eines Teilbereichs des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, im Ortsteil Niederklein.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Zu 6 Neuordnung des innerstädtischen Stadtbusverkehrs  
hier: Errichtung der zentralen Bushaltestelle am Aufbauplatz  
Vorlage: FB4/2006/0098**

Die Vorlage wird von Fachbereichsleiter, Herrn Hütten, zunächst vorgestellt. Durch den Wegfall des Busbahnhofes zeigt sich die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen zentralen Bushaltestelle. In Abstimmung mit dem RNV, wie auch mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Marburg, erfüllt der Standort am Aufbauplatz alle Voraussetzungen für einen neuen zentralen Bushaltestandort. Er bietet u. a. die Vorteile, dass Umsteigebeziehungen Bus/Bus auf kürzestem Wege ohne Fahrbahnquerung möglich sind, ausreichende Aufenthaltsflächen für Reisende zur Verfügung stehen und eindeutige Verbindung Bahn/Bus durch eine signalgesteuerte Querung der Niederkleiner Straße möglich ist.

Die Frage von Ausschussmitglied, Herrn Metz, zu von der Stadt zu tragender Kosten antwortet Herr Hütten, dass hierzu noch keine konkreten Zahlen vorliegen.

Auf den Hinweis von Herrn Hesse, dass zur Realisierung des Vorhabens ein Teil des Nachbargrundstücks erforderlich sei, erklärt Herr Hütten, dass hinsichtlich der Verfügbarkeit des Grundstücksfläche mit dem Eigentümer bisher noch nicht gesprochen wurde.

Auf die Frage von Ausschussmitglied, Herrn Somogyi, welche Gründe für den gewählten Standort vorgelegen haben und inwieweit geprüft wurde, ob ein Standort nördlich der Bahnlinie evtl. verkehrstechnisch günstiger gewesen sei, entgegnet Herr Bürgermeister Vollmer, dass die Auswahl des Standortes von der Vorgabe abhängig gewesen ist, dass vor allem eine Optimierung des Linienverkehrs in der Stadt gewährleistet ist. In dieser Frage sind derzeit vier Buslinien zu koordinieren und jeder zusätzlich zu fahrende Kilometer würde Auswirkungen auf die Abstimmung der Fahrtzeiten haben.

Auf die Frage von Herrn Hesse, ob die derzeitige Kurzparkzone als Standort in Frage käme, antwortet Herr Hütten, dass diese Überlegung nicht umsetzbar sei, da in diesem Bereich keine ausreichend große Grundstücksfläche zur Verfügung stehe. Auf den Einwand von Herrn Hesse, dass die Standortauswahl im Falle eines Vorhandenseins eines Innenstadtrings anders ausfallen könnte, antwortet Herr Hütten, dass dies durchaus der Fall sein könnte.

Die Frage von Herrn Somogyi, ob die Auswahl des Standortes mit den Einzelhändlern besprochen wurde, wird von Herrn Hütten verneint.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Errichtung der zentralen Bushaltestelle als ÖPNV-Verknüpfungspunkt Bus/Bahn erfolgt im Bereich des Aufbauplatzes. Diese Konzeption entspricht den Aussagen des Stadtentwicklungskonzepts.
2. Die Konzeption ist in der Anlage beigelegt.

**Abstimmungsergebnis:**            7 Ja  
   4 Enthaltungen

**Zu 7**

**3. Fortschreibung des Stadtmarketingkonzeptes Stadtallendorf**  
**Vorlage: FB2/2006/0011**

Auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Bonacker, sind die Ausschussmitglieder damit einverstanden, Tagesordnungspunkt 7 und 9 gemeinsam zu behandeln.

Auf Bitte von Ausschussvorsitzenden, Herrn Bonacker, gibt der Fachbereichsleiter Gnau einige Erläuterungen zu den Vorlagen. Auf die Frage von Frau Quirnbach, warum die Verwaltung mit den bisher erstellten Konzepten keine konkreten Umsetzungsmaßnahmen realisiert hat, entgegnet Herr Gnau, dass sich eine Umsetzung der bisherigen Konzepte äußerst schwierig gestaltete, das derzeit vorliegende Konzept durch die gestraffte Darstellung jedoch bessere Möglichkeiten der Konkretisierung und Umsetzung bietet.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Gnau beantwortet. Die von Ausschussmitglied, Herrn Erber, erbetenen statistischen Unterlagen zur Einwohnerstruktur in Stadtallendorf sind dieser Niederschrift getrennt nach Gesamtstadt und Stadtteilen beigelegt.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die überarbeitete 3. Fortschreibung des Konzeptes Stadtmarketing Stadtallendorf mit der neuen Bezeichnung

Stadtallendorf 2015  
Standort – Marketing – Konzept

2. Das Konzept ist im Abstand von 3 Jahren fortzuschreiben.
3. Der Beschluss vom 20.03.2003 zur Bildung eines Arbeitskreises wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**           7 Ja  
  3 Nein  
  1 Enthaltung

**Kenntnisnahmen:**

**Zu 8           Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2006**  
**Vorlage: FB1/2006/0074**

Ausschussmitglied, Herr Hesse, kritisiert die Darstellung des Berichtswesens. Er fordert eine Verfeinerung des vorgelegten Datenmaterials in der Hinsicht, dass diese wesentlich aktueller und insoweit aussagefähiger sind. So wäre es z. B. wichtig zu wissen, ob eine Straße bereits gebaut ist oder lediglich begonnen ist, ob und welche Ausschreibungen vorgenommen wurden, d. h. auch, welche Haushaltsmittel durch Aufträge bereits gebunden sind. Sowohl Herr Metz wie auch Herr Somogyi ergänzen, dass ein zeitnahes Zahlenwerk erforderlich ist, um als Entscheidungsgrundlage zweckdienlich zu sein. Herr Bürgermeister Vollmer sagt in diesem Zusammenhang eine Prüfung der Möglichkeiten einer anderen Berichterstattung zu.

**Kenntnisnahme:**

Das als Anlage beigefügte Berichtswesen zum 31.08.2006 wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 der neuen Gemeindehaushaltsverordnung Doppik ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Auf Vorschlag der Verwaltung haben Magistrat und Fachausschüsse beschlossen, aus Gründen der Effektivität und der zeitnahen informativen Berichterstattung ab dem Haushaltsjahr 2006 eine Vorlage mit den Stichtagen 31.05., 31.08. und zum 31.12. vorzusehen.

Mit Einführung des doppischen Haushaltsplans muss auch das Berichtswesen inhaltlich angepasst werden. Das als Anlage beigefügte Berichtswesen beinhaltet neben dem Budgetbericht des jeweiligen Fachbereiches einzelne Budgetberichte von ausgewählten Produkten. Die Struktur des Berichtes ist an den Gesamt-/Teilergebnisplan des neuen doppischen Haushaltsplans angepasst worden. Weiterhin wird über die einzelnen Investitionen – soweit bei den Produkten vorhanden – berichtet. Magistrat und Fachausschuss 1 erhalten darüber hinaus eine Finanzübersicht über alle Fachbereiche und eine Übersicht der Personalaufwendungen.

Da der Gesamt-/Teilergebnisplan mit dem bisherigen kameralen Verwaltungshaushalt vergleichbar ist, die einzelnen Ertrags- bzw. Aufwendungsarten jedoch andere Bezeichnungen haben, werden in der beigefügten Anlage nochmals Beispiele genannt.

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 9 Demographischer Wandel und Konsequenzen für Stadtallendorf  
Vorlage: FB2/2006/0015**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Kenntnisnahme:**

„Die städtischen Gremien nehmen den nachfolgenden Bericht zum demographischen Wandel in Stadtallendorf als Ergänzung zum „Marketingkonzept Stadtallendorf 2015“ zur Kenntnis:

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 10 Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages zur Herstellung der  
"Holzwiesenstraße"  
Vorlage: FB4/2006/0071**

Von der Verwaltung erläutert Herr Immel die Vorlage. Zur Darstellung der rechtlichen Situation weist er insbesondere darauf hin, dass übrige Anlieger keinen Anspruch auf Rückzahlung haben, da sie auf die Einlegung eines Rechtsmittel verzichtet haben und die Fristen verstrichen sind.

Herr Bürgermeister Vollmer ergänzt, dass im vorliegenden Fall die Unterstützung des Städte- und Gemeindebundes vorgelegen habe und das Urteil des Gerichtes kein Verständnis findet. Ausschussmitglied, Herr Metz, ergänzt, dass im Falle der Rückzahlung des Beitrags ein Präzedenzfall geschaffen wird, der aus Gründen der Gleichbehandlung ebenfalls für die übrigen Anlieger gelten müsste.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag des Herrn Rudolf Decher, Bahnhofstr. 25, 35260 Stadtallendorf, auf Rückzahlung des von ihm geleisteten Erschließungsbeitrags von 3.609,53 € für die „Holzwiesenstraße“ ab.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja  
1 Enthaltung

**Zu 11 Mitteilungen**

Keine.

**Zu 12    Verschiedenes**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende**

**Der Schriftführer**

**Bonacker**

**Petri**